

Prima Verkaufsgelegenheit

Von Lucas Zeise

Solide, aber auch nicht herausragend. So scheint die Börse das Quartalsergebnis der Commerzbank zu bewerten. Deren Aktien gaben am Freitag trotz höherer Mittelfristziele, Nettogewinn und der Ankündigung umfangreicher Rationalisierungen, sprich Vernichtung von 3.000 Stellen, um 3,3 Prozent nach. Bewertet wird das Geldhaus dieser Tage vor allem aus dem Blickwinkel einer möglichen Übernahme durch Unicredit, die Konkurrenz aus Italien. Die sorgt hierzulande für Furor – zu Unrecht.

Als im September 2024 der damalige Finanzminister Christian Lindner einen Teil der dem Bund gehörenden Commerzbank-Aktien höchstbietend versteigern ließ, fragte Unicredit unter ihrem Chef Andrea Orcel höflich nach, ob sie auch mitbieten dürfe. »Ja«, lautete die Antwort, wie es dem liberalen Credo des FDP-Vorsitzenden entsprach. Unicredit kam damals an zusätzliche 4,5 Prozent des Commerzbank-Aktienkapitals, löste damit den Bund als größten Anteilseigner ab und hat seitdem immer wieder betont, die ganze Commerzbank übernehmen zu wollen. Seit dem 5. Mai liegt ein komplettes Übernahmeangebot vor, wonach die anderen Aktionäre der Bank ihre Commerzbank-Anteile bis zum 16. Juni in solche der Unicredit umtauschen können.

Der Vorstand der Commerzbank und der heutige Finanzminister Lars Klingbeil (SPD) lehnen die Schritte der Unicredit einem Sprecher des Ministeriums zufolge als eine »feindliche, aggressive Übernahme« ab. Bei der Commerzbank handele es sich um »eine systemrelevante Bank«. Die deutsche Presse ist überwiegend auf seiten des Commerzbank-Vorstands. Auch der Personalrat der Bank und die Gewerkschaft Verdi – bei der auch ich Mitglied bin – stärken dem Vorstand den Rücken. Vermutlich, weil man die fieseren Methoden der heimischen Bosse anders als die der Italiener bereits kennt. Dass Unicredit die Geschäfte der 2005 übernommenen bayerischen Tochter Hypovereinsbank mit der Commerzbank zusammenlegen, entsprechende Synergien heben und noch intensiveren Stellenabbau betreiben wird als ohnehin, ist eine reale Befürchtung.

Die Commerzbank ist seit der Finanzkrise 2008, als ihr von der Regierung die Dresdner Bank und eine, zum Überleben notwendige, Staatsbeteiligung aufgedrängt wurden, die zweite der beiden noch übrigen bundesweit tätigen privaten Großbanken in Deutschland. Dass diese Großbanken deutsch bleiben müssen, gilt unverändert als Konsens, ohne dass dies je rational begründet wird. Im Gegenteil, die staatstragenden Parteien und die hinter ihnen stehenden Kapitalverbände halten das Ideal des freien Kapitalverkehrs innerhalb der EU hoch. Die massive Stützung deutscher Banken in der Finanzkrise und insbesondere die Staatsbeteiligung an der Commerzbank galten als systemwidrig und peinlich. Es war seit 2008 deshalb immer Regierungskonsens, dass der Staat a) auf jeden Einfluss auf die Geschäftspolitik der Bank verzichtet und b) seine Anteile an der Bank so bald wie möglich und möglichst mit Gewinn verkauft.

Aber an wen, bitte sehr, sollte denn die stille Teilhaberschaft an dieser Bank verkauft werden? Die Deutsche Bank hat eine Fusion mit der Commerzbank abgelehnt. Sie war schon mit der Integration der Postbank überfordert. Außerdem hätte sogar die alberne Fusionskontrolle durch die EU gegriffen. Also bleibt als potentielle Käuferin nur eine ausländische Bank. Berlin sollte Unicredit und Herrn Orcel dankbar für dieses unfreundliche Kaufangebot sein. Es anzunehmen und die Unicredit-Aktien zu verkaufen, könnte bis zu fünf Milliarden Euro in die Bundeskasse spülen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522304.prima-verkaufsgelageheit.html>